

SOLOTHURNER FREISINN

Wir machen Solothurn stark!

Peter Hodel (Zweiter von rechts) strahlt mit seinen Kolleginnen und seinem Kollegen um die Wette. Bild: Keystone



Herzliche Gratulation, Peter!

Unser Finanzdirektor schafft die Wiederwahl diskussionslos

Auf dem Bild der gewählten Regierungsrätinnen und Regierungsräte lacht nur ein Freisinniger. Die Solothurnerinnen und Solothurner wählten Peter Hodel, unseren Finanzdirektor, für vier weitere Jahre in den Regierungsrat. Gerne hätten wir auch Marco Lupi in der Exekutive gesehen – ihm blieb der Einzug leider verwehrt. Den grossen Rückblick auf die kantonalen Erneuerungswahlen und freisinnige Stimmen dazu finden Sie auf den **Seiten 4 und 5**.

Unsere Partei muss in den kommenden vier Jahren verstärkt Kante zeigen. Klare Botschaften, unmissverständliche Argumente und eine konsequent liberale Haltung sind gefordert. Chancen dazu bieten die bevorstehenden kantonalen Abstimmungen mit Hundesteuer, Kita-Vorlage oder den millionenschweren Bauprojekten. Jetzt geht's um Sachpolitik. Mehr dazu auf **Seite 3**.



Die Welt ist im Umbruch

Freiheit ist alles andere als selbstverständlich

Liebe Freisinnige

«Freiheit ist kein Synonym für Glück, sondern eher für schwierige Entscheidungen»: Dieses Zitat der liberalen Politikerin Emma Bonino aus Italien macht klar, dass liberale Politik nicht die Aufgabe hat, die Menschen glücklich zu machen. Die FDP steht für eine Politik ein, die den Menschen Freiheit lässt. Freiheit kann anstrengend sein, denn sie beinhaltet, dass jeder und jede selber denken, entscheiden und handeln muss. Freiheit ist aber alles andere als selbstverständlich, sie muss jeden Tag errungen werden. Es bedarf vor allem des Mutes der Politik, den Menschen etwas zuzutrauen und ihnen etwas abzuverlangen: Selbstverantwortung! Wenn wir einen Blick in die Welt werfen, müssen wir feststellen: Die Welt ist im Umbruch, und das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist vielerorts gefährdet – mittlerweile auch in der Schweiz.

Schweizer Wohlstand steht auf dem Spiel

Die Schweiz ist aufgrund des liberalen Staatsverständnisses ein erfolgreiches Land, in dem der Wohlstand im weltweiten Vergleich enorm hoch ist. Davon können alle Menschen in unserem Land profitieren. Das ist das Verdienst unserer Vorfahren, die sich für eine Schweiz eingesetzt haben, die auf Selbstverantwortung, Subsidiarität und Milizprinzip basiert. Dieses Staatsverständnis steht massiv unter Druck. Die anderen Parteien versprechen den Menschen in diesem Land, mit einer Fülle von staatlichen Leistungen für ihr Glück zu sorgen.

Ausser der FDP gibt es kaum eine Partei, die den Mut hat, sich gegen die nicht finanzierbaren Verheissungen zu stemmen. Ansprüche, die noch vor wenigen Jahren aus finanzpolitischer Vorsicht im Parlament keine Chance hatten, sind heute mehrheitsfähig. Die Koalition der Anspruchsvollen setzt dadurch unter billiger Inkaufnahme der finanzpolitischen Verlüderung den Wohlstand nicht nur der heutigen Generation, sondern auch der nachfolgenden Generationen aufs Spiel.

SP und Mitte wollen einen weiteren Ausbau der AHV

Bei der 13. AHV-Rente fragt sich die Politik, wie sie das vom Volk angenommene Versprechen einlösen und gegenfinanzieren soll. Die Antwort ist schnell zur Hand: Steuererhöhungen. Doch es kommt aber noch dicker. Noch bevor die Finanzierung der 13. AHV-Rente auch nur ansatzweise geklärt ist, setzen SP und Mitte bereits zum nächsten Griff ins Portemonnaie des arbeitenden Mittelstands und der KMU an. Im Rahmen der Finanzierungsvorlage für die 13. AHV-Rente haben Mitte und SP dreist einen zusätzlichen Ausbau der AHV-Finanzierung beschlossen. Statt um 5 Milliarden soll die AHV um fast 9 Milliarden aufgestockt werden. Bezahlt werden soll der Ausbau durch höhere Lohnabzüge und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Kostenfolgen für die Bevölkerung werden einmal mehr verschwiegen: rund 2000 Franken pro Jahr und durch-

schnittlichen Haushalt. Einher geht damit selbstverständlich nicht nur ein Kaufkraftverlust, sondern immer auch ein schleichender Verlust an Freiheit: die Freiheit, selber zu entscheiden.

Enteignungsinitiative von Juso und SP

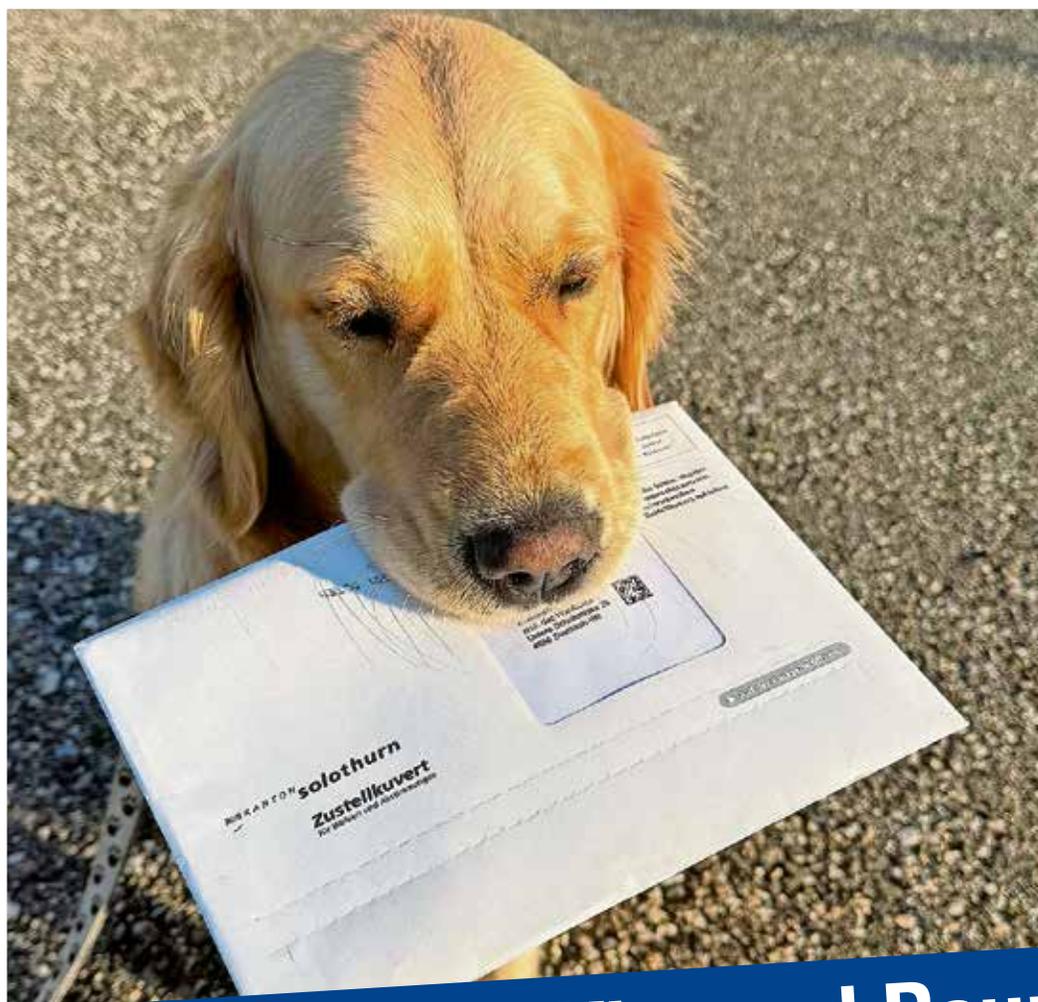
Noch weiter geht die Juso-Erbschaftsinitiative. Die Initiative schreibt eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent ab einem Betrag von 50 Millionen vor. Ohne Ausnahmen und zusätzlich zu allen kantonalen Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern. Das würde die erfolgreichsten Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Unternehmen aus dem Land vertreiben. Laut Bundesrat würden dem Schweizer Staat in der Folge bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr fehlen. Vielleicht würde ein Teil mit Sparprogrammen bei der öffentlichen Hand kompensiert. Wahrscheinlich ist aber, dass die Politik die Steuerausfälle wiederum mit neuen Steuern gegenfinanzieren will. Und zwar bei demjenigen, der die Schweiz nicht ohne weiteres verlassen kann: beim arbeitenden Mittelstand. Die FDP wehrt sich mit aller Kraft gegen diesen linken Steuerhammer und gegen diese Vernichtung des nachhaltigen Unternehmertums – eines wichtigen Bausteins unseres Wohlstands.

Steuern senken, Staat entschlacken, Subventionen abbauen

Die einzige richtige Antwort auf die schädliche Anspruchspolitik von Mitte-Links heisst mehr Freiheit – oder ganz einfach: den Menschen und unseren KMU etwas zuzutrauen. Sie sollen wieder mehr Spielraum für ihr verdientes Geld haben. Ob sparen, investieren oder konsumieren. Weshalb sollen diese zuweilen schwierigen individuellen Entscheidungen vom Staat verhindert werden? Aktuell liegt die Schweizer Staatsquote bei 32 Prozent und damit über dem globalen Median. Die Fiskalquote (ohne Zwangsabgaben für die Kranken- und die Pensionskassen) beträgt 40 Prozent und ist damit vergleichbar mit demjenigen Deutschlands oder Österreichs und liegt nur unwesentlich unter demjenigen von Schweden. Zudem zeigen die Tendenzen sowohl bei der Staats- wie auch bei der Fiskalquote deutlich nach oben. Die FDP muss als einzige Partei in der Schweiz gegen die immer dreister erhobenen staatlichen Glücksversprechen ankämpfen und sich nicht scheuen, den Menschen in unserem Land etwas zuzutrauen. Dazu müssen wir uns aber zuerst selber etwas zutrauen: den Mut, Nein zu sagen – auch oder gerade weil uns die Parteien aus der Koalition der Anspruchsvollen Arm in Arm mit den Medien dafür kritisieren. Denn Freiheit ist anstrengend. Der Kampf dafür noch viel mehr!

Ihr Thierry Burkart,
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Am 18. Mai 2025 entscheiden wir über die Einführung der Hundesteuer – die FDP lehnt diese ab. Bild: Stefan Nünlist



So bleiben Sie informiert

Wir kommunizieren unsere Parolen und Positionen auf unserer Website sowie auf unseren diversen Social-Media-Kanälen. Folgen Sie uns auf Facebook, Instagram und LinkedIn und lesen Sie die aktuellen Blogbeiträge unter www.fdp-so.ch.

«Die Kantonalpartei will die Diskussion zu diesen Vorlagen frühzeitig mit ihren Delegierten führen.»

Hundesteuer, Kita und Bauprojekte

Ein Ausblick auf die kantonalen Abstimmungsvorlagen

Nach intensiven Wahlkampfmonaten gilt unser Augenmerk nun wieder den sachpolitischen Themen. Die kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 28. September 2025 versprechen kontroverse Debatten – beispielsweise wenn es um die Kita-Vorlage geht.

Der Reigen der kantonalen Urngänge beginnt mit der Abstimmung über die Änderung des Hundegesetzes. Am 18. Mai 2025 entscheiden die Solothurnerinnen und Solothurner, ob sie eine Hundesteuer einführen wollen. Mit der Hundesteuer sollen die Aufwendungen des Kantons im Zusammenhang mit Hunden den Hundehalterinnen und Hundehaltern übertragen werden. In der kantonsrätlichen Debatte fand sich dafür eine klare Mehrheit (59:27). Nicht so im Parteivorstand der kantonalen FDP. Wir wollen ganz bestimmt keine neue Steuer, auch nicht für Hundehalterinnen und Hundehalter – so die Haltung der meisten Vorstandsmitglieder. Der Parteivorstand fasste entsprechend deutlich die Nein-Parole.

Heisse Diskussion erwartet

An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 2. Juni 2025 in Wolfwil darf man eine kontroverse freisinnige Diskussion zur Kita-Vorlage (Teilrevision Sozialgesetz) erwarten. Der Kanton will die Gemeinden verpflichten, im Rahmen der familienergänzenden Kinderbetreuung ein neues Modell mit Betreuungsgutscheinen einzuführen. Es ist davon auszugehen, dass diese Vorlage im September vors Volk kommt, denn das Referendumskomitee sammelt erfolgreich Unterschriften. Aus liberaler Sicht gibt es stichfeste Pro-, aber auch Contra-Argumente – je nach Blickwinkel. Wir dürfen uns also auf eine angeregte freisinnige Diskussion freuen.

Millionenprojekte aus dem Baudepartement

Das Stimmvolk darf sich im Herbst zu weiteren kantonalen Vorlagen äussern – es geht dabei um drei Millionenprojekte aus dem Baudepartement: den Bahnhof Süd Solothurn, den Hochwasserschutz Dünnern und den Kauf der CS-Liegenschaft in Solothurn. Die Kantonalpartei will die Diskussion zu diesen Vorlagen frühzeitig mit ihren Delegierten führen, sodass sich die Freisinnigen im Anschluss mit klaren und unmissverständlichen Botschaften nach aussen positionieren können. Schliesslich haben die Wahlen 2025 gezeigt: Die FDP braucht mehr Profil.

Adriana Marti-Gubler, Parteisekretärin

Spannung liegt in der Luft: Peter Hodel (rechts) verfolgt die Entwicklung der Wahlergebnisse. Bild: Keystone



Die FDP musste Federn lassen

Rückblick auf die Kantonsrats- und Regierungsratswahlen

Es gibt nichts schönzureden: Die Wahlen 2025 enden enttäuschend für die FDP Kanton Solothurn. Sie büsst im Kantonsrat zwei Mandate ein und kann den zweiten Sitz im Regierungsrat leider nicht halten. Nun warten vier herausfordernde Jahre auf die Freisinnigen.

Die gute Nachricht vorweg: Peter Hodel wird seine Arbeit als Finanzdirektor des Kantons Solothurn auch in den nächsten vier Jahren weiterführen. Er konnte im zweiten Wahlgang der Regierungsratswahlen vom 13. April 2025 28 598 Stimmen auf sich vereinen und schaffte so diskussionslos die Wiederwahl. Auf den Kanton Solothurn kommen in finanziellen Belangen sehr anspruchsvolle Zeiten zu. Umso wichtiger ist es, dass mit Peter Hodel ein freisinniger Regierungsrat über die Finanzen wacht. Er hatte 2024 ein einschneidendes Massnahmenpaket initiiert, um den Staatshaushalt langfristig zu stabilisieren. Auch wenn er in der Zwischenzeit einen erfreulichen Abschluss 2024 präsentieren konnte, muss der Fokus weiterhin darauf gelegt werden, das stetige Ausgabenwachstum endlich einzudämmen.

Viel positive Energie

Ab August wird Peter Hodel als einziger Freisinniger im Regierungsrat wirken. Marco Lupi, der gerne in die Fussstapfen des scheidenden Bildungs-

direktors Remo Ankli getreten wäre, verpasste die Wahl trotz grossem Engagement bedauerlicherweise deutlich. Dieser Ausgang zeichnete sich bereits nach dem ersten Wahlgang ab. Danach ging ein kräftiger Ruck durch die Partei. «Wir konnten nochmals Energie freisetzen und haben uns gemeinsam ins Zeug gelegt, um die Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren», sagt Vizepräsidentin Sabrina Weisskopf. «Es ist sehr schade, dass es nicht gereicht hat. Ich konnte aber sehr viel positive Energie spüren – und die stimmt mich zuversichtlich für die Zukunft.»

Zusammenarbeit mit GLP

Bei den Kantonsratswahlen wollte die FDP im Minimum ihre 22 Sitze halten, nun sind es nur mehr 20. In den Amteien Bucheggberg-Wasseramt und Olten-Gösgen haben die tieferen Wähleranteile der FDP dazu geführt, dass je ein ein Sitz verloren ging. Das schmerzt. Es gibt aber auch Lichtblicke: So konnten die Freisinnigen in der Amtei Thal-Gäu ihre drei Sitze halten, obwohl Wahlkampfur-

bo Johanna Bartholdi nicht mehr zur Wahl angetreten war. An ihrer Stelle wird neu Denise Bürgi (Egerkingen) im Parlament Einsitz nehmen. Einen persönlichen Erfolg konnte auch Markus Boss (Rüttenen) verbuchen. Er schaffte beim ersten Anlauf die sehr souveräne Wahl in den Kantonsrat.

Zu einer Erfolgsgeschichte wird sich hoffentlich auch der Zusammenschluss der FDP und der GLP auf Fraktionsebene entwickeln. Gemeinsam wollen sich die 20 Freisinnigen und die 4 verbliebenen GLP-Parlamentarier für liberale und wirtschaftsfreundliche Anliegen einsetzen und so im Rat mehr Gewicht erhalten. Die Parteien bleiben aber selbstverständlich unabhängig voneinander. Dass es in gewissen Politikbereichen – etwa bei landwirtschaftlichen Anliegen – klare Differenzen gibt, ist unbestritten und wird auch so bleiben. Die Fraktionsgemeinschaft führt zu keinem Linksrutsch der FDP, sondern war ein rein strategischer Entscheid. Man darf gespannt sein.

Adriana Marti-Gubler, Parteisekretärin



Markus Spielmann



Markus Boss



Denise Bürgi

Nachgefragt bei Regierungsrat Peter Hodel

Herzliche Gratulation zur souveränen Wiederwahl. Wie hast du den Wahlkampf erlebt?

Vorab bedanke ich mich bei allen Wählerinnen und Wählern für das geschenkte Vertrauen. Der Wahlkampf war lange und herausfordernd. Viele Freisinnige haben sich intensiv am Wahlkampf beteiligt, dafür bin sehr dankbar. Als äusserst positiv werden mir die vielen direkten und interessanten Gespräche und Begegnungen in Erinnerung bleiben. Ich freue mich auf vier weitere Jahre in der Regierung und werde die freisinnigen Werte bestmöglich vertreten. Für die neue Legislatur sind wir alle als Partei gefordert.

Die Solothurnerinnen und Solothurner wollen dich vier weitere Jahre im Regierungsrat sehen. Was nimmst du dir für die kommende Amtsperiode vor?

Mein Fokus richtet sich in den nächsten vier Jahren weiterhin auf die Staatsfinanzen. Wir brauchen für die Zukunft gesunde Finanzen, und so gilt es, trotz allen Versuchen von links, den beschlossenen Massnahmenplan umzusetzen. Im Weiteren will ich mich dafür einsetzen, dass sich der Kanton Solothurn gegen aussen deutlich besser positioniert. Unser Kanton hat diesbezüglich viel Potenzial. Persönlich will ich wie in den letzten vier Jahren gestalten und nicht einfach verwalten.

Du wirst ab August keinen freisinnigen Mitstreiter mehr haben im Regierungsrat. Wie wird sich deine Arbeit dadurch verändern?

Ohne Wenn und Aber, ein freisinniger Mitstreiter wird fehlen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben am Wahlsonntag die Regierung für die nächsten vier Jahre bestimmt. So gilt es nun, zusammen mit den vier anderen Regierungsgliedern das Beste für den Kanton Solothurn und seine Menschen zu erreichen. Dies werde ich wiederum mit Herzblut und Leidenschaft machen.

Nachgefragt bei Fraktionschef Markus Spielmann

Die Wahlen 2025 sind durch. Wie fällt dein Fazit aus?

Mit den Wahlergebnissen können wir als FDP nicht zufrieden sein, die Sitzverluste sind schmerzlich. Auf der anderen Seite habe ich während des ganzen Wahlmarathons einen sehr starken und kampfwilligen Freisinn erlebt. Ich bin überzeugt, dass wir auf allen Ebenen eine gute politische Arbeit machen, von den Ortsparteien und den Gemeinderäten bis in den Regierungsrat. Jetzt müssen wir das den Menschen wieder bewusst machen und darüber reden, dass wir es sind, die Geld sparen, dass wir es sind, die die Ideen bringen, und dass wir es sind, die die Ideen umsetzen.

Warum hat die FDP Wähleranteile eingebüsst?

Mir fällt auf, dass wir starke Listen hatten mit profilierten und bekannten Köpfen sowie mit fast allen Bisherigen. Trotzdem haben wir verloren. Schauen wir auf die Kandidierenden, dann würde ich mir mehr Frauen wünschen und mehr kommunale Politikerinnen und Politiker, die sich auch für kantonale Wahlen exponieren. Zudem ist es uns nach meinem Dafürhalten nicht gelungen, die Inhalte zu transportieren. Wir sagen halt nicht einfach Nein. Und wir sind auch nicht konservativ, sondern liberal. Das müssen wir rüberbringen.

Die FDP ist nur mehr mit 20 Personen im Kantonsrat vertreten. Dafür sind die verbliebenen GLP-Parlamentarier zur FDP-Fraktion gestossen. Was ist in dieser Konstellation für unsere freisinnigen Anliegen möglich?

Vorauszuschicken ist, dass die FDP völlig eigenständig ist und bleibt! Mit der GLP verbindet uns das liberale Gedankengut. Als gemeinsame Fraktion können wir uns nun verstärkt für liberale Lösungen einsetzen – ich erhoffe mir vor allem mehr Durchschlagskraft im Parlament in wirtschafts-

Die gewählten Kantonsrätinnen und Kantonsräte:

Amtei Solothurn-Lebern

Markus Boss (neu)
Markus Dietschi
Christian Herzog
Barbara Leibundgut
Marco Lupi

Amtei Bucheggberg-Wasseramt (–1)

Michael Kumml
Manuela Misteli
Martin Rufer
Sabrina Weisskopf

Amtei Thal-Gäu

Denise Bürgi
Freddy Kreuchi
Georg Lindemann

Amtei Olten-Gösgen (–1)

Daniel Cartier
Thomas Fürst
David Plüss
Daniel Probst
Markus Spielmann

Amtei Dorneck-Thierstein

David Häner
Christian Thalmann
Mark Winkler

politischen Fragen. Zudem tut es uns gut, wenn wir in der Fraktion Umweltthemen kontrovers diskutieren. Klar ist: Die Fraktion der FDP ist und bleibt bürgerlich. Das haben wir in unserer DNA.

Grenchen sucht ein neues Oberhaupt – FDP-Frau Susanne Sahli hat ausgezeichnete Chancen. Bild: zvg



Viele Freisinnige wollen anpacken

Ein Blick auf die Wahlen in den Gemeinden

Die Erneuerungswahlen sind nicht nur auf Kantonsebene spannend. Während die Stadt Olten ihre Parlamentarierinnen und Stadträte schon gewählt hat, geht es nun am 18. Mai 2025 in vielen anderen Solothurner Gemeinden um die Wurst.

Die Oltner haben die Nase vorn – zumindest wenn es darum geht, die kommunalen politischen Ämter zu vergeben. Es steht daher bereits fest, dass Thomas Fürst neu die freisinnigen Werte im Oltner Stadtrat vertreten wird. Er hat im ersten Wahlgang das absolute Mehr zwar verpasst, wurde jedoch anschliessend in stiller Wahl bestätigt, da sich all seine Mitkonkurrenten zurückgezogen haben. Thomas Fürst wird die Finanzen von seinem freisinnigen Vorgänger Benvenuto Savoldelli übernehmen.

Die Parlamentswahlen sind in Olten ebenfalls schon wieder Geschichte. Der Oltner Freisinn konnte dem aktuellen Trend nicht entgegenhalten und musste im 40-köpfigen Parlament zwei Mandate abgeben. Neu hat er noch sieben Sitze. Auch die FDP Dornach hat bei ihren Wahlen vom 13. April 2025 einen Sitz eingebüsst. Neu diskutiert nur mehr Daniel Müller mit. In Oensingen stellt die FDP wie bis anhin ein Gemeinderatsmitglied, Barbara Meise rückt neu in den Gemeinderat.

Spannende Stapi-Wahlen

In den Städten Solothurn und Grenchen stehen die kommunalen Wahlen erst noch bevor – und zwar am 29. Juni 2025. Dort verspricht vor allem das

Rennen um das jeweilige Stadtpräsidium viel Spannung – die FDP ist dabei mittendrin. Susanne Sahli will in Grenchen den langjährigen freisinnigen Stapi François Scheidegger beerben, und Charlie Schmid will in Solothurn der SP-Stadtpräsidentin Stefanie Ingold das Stapi-Amt streitig machen.

Auch in anderen Gemeinden stehen FDP-Leute bereit, in den Wahlkampf zu steigen und Verantwortung für ihr Dorf zu übernehmen. Wir drücken allen freisinnigen Kandidierenden für den Gemeinderat und das Gemeindepräsidium die Daumen.

Nachgefragt bei Marco Lorenz

Marco Lorenz, du möchtest in Dulliken Gemeindepräsident werden. Was motiviert dich für diese Kandidatur?

Die Aufgabe ist sehr spannend und in den Themen vielfältig. Dulliken befindet sich in einer interessanten Entwicklung, die ich gerne weiterführen und dabei auch neue Ideen einbringen möchte. Zudem bin ich hier aufgewachsen und will etwas zurückgeben.



Je ein Vertreter von SP und SVP sind deine Konkurrenten im Rennen um das Gemeindepräsidium. Was ist dir im bevorstehenden Wahlkampf wichtig?

Mir ist wichtig, dass der Wahlkampf fair geführt wird. Das politische Klima in Dulliken ist sehr gut, und deshalb zweifle ich nicht daran, dass dies so ablaufen wird. Für mich persönlich ist es wichtig, authentisch zu sein, im Dialog mit der Bevölkerung zu stehen sowie den Wählerinnen und Wählern meine Positionen, Werte und Haltungen aufzuzeigen.

Welche Vision hast du für deine Gemeinde Dulliken?

Dulliken ist eine attraktive Wohn- und Arbeitsgemeinde, die in den letzten zehn Jahren stark gewachsen ist. Das soll so bleiben, viele laufende und künftige Vorhaben sind darauf ausgerichtet. Dafür will ich mich, gemeinsam mit dem Gemeinderat, einsetzen.

Sabrina Weisskopf stellt sich im August als Präsidentin der Kantonalpartei zur Wahl. Bild: Michel Lüthi, bilderwerft.ch



Zwischen Enttäuschung und Aufbruch

Präsidiale Gedanken

Liebe Freisinnige

Die vergangenen Wochen haben unserer Partei viel abverlangt. Nach dem Verlust von zwei Sitzen im Kantonsrat am 9. März mussten wir beim zweiten Wahlgang der Regierungswahlen am 13. April auch den zweiten Regierungsratssitz abgeben. Besonders getroffen haben uns zusätzlich die Abwahl unseres Parteipräsidenten Stefan Nünlist aus dem Kantonsparlament und der damit verbundene Rücktritt von der Parteispitze.

Ja, diese Resultate schmerzen. Und sie werfen Fragen auf. Doch eines ist uns in dieser schwierigen Phase sehr bewusst geworden: Es lag nicht am Engagement unserer Mitglieder. Ganz im Gegenteil – wir durften in den letzten Monaten eine beeindruckende Welle an Einsatzbereitschaft, Zusammenhalt und Leidenschaft erleben. Unsere Kandidierenden haben sich getragen gefühlt von der Basis. Viele von euch haben Flyer verteilt, Standaktionen organisiert, Gespräche geführt und motiviert. Dafür danke ich euch von Herzen. Das war nicht selbstverständlich – und hat gezeigt, wofür die FDP im Kanton Solothurn steht: für Verantwortung, für Engagement und Gemeinsinn.

Warum es trotzdem nicht gereicht hat? Darauf gibt es keine einfachen Antworten. Der kontinuierlich sinkende Wähleranteil ist eine Realität, der wir uns stellen müssen. Möglicherweise ist es uns zu wenig gelungen, ein klares Profil im Politalltag sichtbar zu machen und unsere Basis abzuholen. Vielleicht überlagern nationale Themen zunehmend die kantonale Politik – zugunsten anderer Parteien. Vielleicht sind wir in unserer Kommunikation zu sachlich geblieben, während andere auf Emotionalisierung gesetzt haben.

Bürgerliche Mehrheit bleibt

Und vielleicht war die Ausgangslage schlicht auch schwierig: Die SVP hatte – nach jahrelangem Warten – einen legitimen Anspruch auf einen Regierungssitz. Und wir mussten ehrlich anerkennen, dass ein zweiter FDP-Sitz nicht selbstverständlich war. Trotzdem: Unsere beiden Regierungsräte haben in den letzten Jahren wertvolle Arbeit geleistet. Sachlich, lösungsorientiert, verlässlich – genau so, wie man es von Freisinnigen erwarten darf. Wir hätten uns gewünscht, dass euer aller Einsatz mit einer Weiterführung unserer starken Position in der Regierung wie auch im Kantonsrat belohnt würde.

«Unsere beiden Regierungsräte haben in den letzten Jahren wertvolle Arbeit geleistet. Sachlich, lösungsorientiert, verlässlich – genau so, wie man es von Freisinnigen erwarten darf.»

Trotz allem bleibt festzuhalten: Die Regierung im Kanton Solothurn hat weiterhin eine bürgerliche Mehrheit. Das ist gerade mit Blick auf finanzpolitische Stabilität, haushälterisches Denken und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen von grosser Bedeutung.

Jetzt ist es an der Zeit, innezuhalten, aber auch weiterzudenken. Wir müssen die Ergebnisse offen analysieren – und gleichzeitig den Blick nach vorn richten. Der liberalen Stimme kommt in der heutigen Zeit eine wichtige Rolle zu: für Eigenverantwortung, Innovation, Unternehmertum, Freiheit und Fortschritt. Genau dafür stehen wir. Und genau deshalb lohnt es sich, jetzt zusammenzustehen und sich weiterzuentwickeln. Wir müssen der Bevölkerung zeigen, weshalb es wichtig ist, freisinnig zu wählen. Wir müssen unsere Positionen klar vertreten und endlich diese Negativspirale stoppen.

Ich danke euch allen für euer Engagement und euer Vertrauen und freue mich auf den gemeinsamen Weg, der vor uns liegt.

**Herzlich,
Sabrina Weisskopf, Vizepräsidentin**

Der neue JFSO-Vorstand hat viel vor. Bild zvg



Neues Jahr, neuer Vorstand

Junge liberale Stimmen in der Politik

Der Vorstand

Matthias Scheidegger, Präsident, 2003, Grenchen
Roman Schöll, Vizepräsident, 2001, Recherswil
Jonas Weber, Kassier, 2002, Erlinsbach
Gina Rizzoli, Web und Mitglieder, 2004, Solothurn
Tobias Schwab, Kommunikation, 2006, Günsberg
Arbijona Thaqi, Events, 2006, Selzach
Lena Rizzoli, Social Media, 2008, Solothurn

An der diesjährigen Generalversammlung der Jungfreisinnigen wurden drei Vorstandsmitglieder ersetzt. Unter anderem gibt es einen neuen Vizepräsidenten und einen neuen Präsidenten der Jungfreisinnigen.

Am Tag vor den Wahlen des Kantonsrats wählte die Generalversammlung der Jungfreisinnigen einen neuen Vorstand. Zuvor wurde jedoch die abtretende Präsidentin Melanie Racine gebührend verabschiedet und ihr Engagement als Präsidentin, aber auch das Engagement während der gesamten Zeit im Vorstand verdankt. Den Vorstand verlassen haben ausserdem Emrecan Deger und Misra Canbaz. Beide waren während zweier Jahre Vorstandsmitglieder – so lange, wie Melanie die Jungfreisinnigen präsidiert hat.

Es freut mich ausserordentlich, dass mich die Jungfreisinnigen zu ihrem neuen Präsidenten gewählt haben. Ich war zuvor unter Melanie Vizepräsident. Die nun entstandene Vakanz wird durch Roman Schöll als Vizepräsident gefüllt. Wiedergewählt wurden Jonas Weber (Kassier) und Gina Rizzoli (Webseite und Mitglieder). Neu in den Vor-

stand gewählt wurden Tobias Schwab (Kommunikation), Arbijona Thaqi (Events) und Lena Rizzoli (soziale Medien).

Künftige Aushängeschilder

Der Jungfreisinn ist für die FDP von enormer Bedeutung, da bei uns die zukünftigen Aushängeschilder unserer Partei ihre ersten Erfahrungen in der Politik sammeln. Rein vom Alter her könnte sogar Sabrina Weisskopf noch bei uns mitwirken. Mit diesem Hintergedanken freue ich mich umso mehr auf künftige Projekte. Ideen gibt es viele. Ob eine 1:85-Version 2.0 oder doch eher Richtung «Blitzerabzocke stoppen»-Initiative nach Aargauer Vorbild, steht aber noch in den Sternen.

Matthias Scheidegger,
Präsident Jungfreisinnige

Viel JFSO auf den FDP-Listen

Erfreulich sind die zahlreichen kandidierenden Jungfreisinnigen auf den Kantonsratslisten der FDP. So kandidierten für den Kantonsrat total 14 Jungfreisinnige. Sie sammelten gemeinsam 24 992 Stimmen!

Über alle Gemeinden kandidieren acht Jungfreisinnige für den Gemeinderat oder dessen Äquivalent. In Olten waren es gar vier Jungfreisinnige, welche durchaus respektable Ergebnisse erzielen konnten. Besonders zu erwähnen sind an dieser Stelle Melanie Racine und Roman Schöll, welche in ihren Gemeinden Zuchwil und Recherswil als Bisherige antreten.

Die Jungfreisinnigen danken allen, die unsere Kandidatinnen und Kandidaten unterstützen. Wählen Sie jungfreisinnig!

Die Geschäftsleitung der FDP Frauen Schweiz mit der neuen Präsidentin Bettina Balmer (Mitte) und der Solothurnerin Merve Zejnula (Dritte von rechts). Bild: zvg



Danke Susanne und willkommen Bettina!

Generalversammlung FDP Frauen Schweiz

Ein Tag voller Inspiration, Veränderung und weiblicher Stärke: Die Generalversammlung der FDP Frauen Schweiz am 8. März 2025 in Aarau hinterliess bei uns, Karin und Merve, Co-Präsidentinnen der Frauen Kanton Solothurn, bleibende Eindrücke.

Mit grosser Vorfreude reisten wir am internationalen Frauentag in unseren Nachbarkanton nach Aarau zur Generalversammlung der FDP Frauen Schweiz. Schon beim Eintreffen im Grossratsgebäude war die besondere Atmosphäre spürbar. Über 100 freisinnige Frauen und zahlreiche Gäste waren gekommen, um sich zu vernetzen, zu feiern und gemeinsam die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Der Tag begann mit einer eindrucksvollen Führung durch die Ausstellung «Blumen für die Kunst» im Kunsthhaus, bevor wir gemeinsam zurück ins Grossratsgebäude spazierten. Dort eröffneten Grussworte von Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker und FDP-Präsident Thierry Burkart den offiziellen Teil. Ihre Anerkennung für das Engagement der FDP Frauen war ein starkes Zeichen.

Besondere Gänsehautmomente boten die Würdigungen von Nationalratspräsidentin Maja Riniker und Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter. Maja Riniker erinnerte uns mit ihrem Motto «Zusammenhalt durch Vielfalt» daran, wie kraftvoll unsere

Vielfalt ist. Karin Keller-Sutter sprach in einem Videointerview offen über Herausforderungen, Erfolge und den Wert eines starken Netzwerks. Ihre Worte haben uns tief bewegt und motiviert.

Bewegender Rückblick

Ein besonders bewegender Moment war der Präsidentinnenwechsel. Mit grossem Respekt und viel Dankbarkeit blicken wir auf das Wirken von Susanne Vincenz-Stauffacher zurück. In ihrer fünfjährigen Amtszeit hat sie die FDP Frauen Schweiz mit Herzblut, Weitsicht und strategischem Geschick geprägt. Unter ihrer Leitung wurde die Individualbesteuerungsinitiative lanciert – ein Meilenstein, der nicht nur politische Relevanz, sondern auch Mut und Beharrlichkeit beweist. Susanne hat es verstanden, liberale Frauenstimmen sichtbar zu machen und unserem Netzwerk Gewicht in der nationalen Politik zu verleihen. Ihre Abschiedsrede war ein bewegender Rückblick auf diese prägenden Jahre, geprägt von tiefem Engagement.

Mit der Wahl von Bettina Balmer zur neuen Präsidentin beginnt ein neues Kapitel, auf das wir uns sehr freuen. Bettina bringt frische Perspektiven und eine klare Haltung mit. Ihre Antrittsrede war eine inspirierende Einladung, gemeinsam weiterzugehen. Sie sprach von Eigenverantwortung, Freiheit und dem Vertrauen in die Fähigkeit jeder Frau, ihren Weg selbstbestimmt zu gestalten. Wir sind voller Zuversicht, mit ihr zusammen die nächsten Schritte zu gehen.

Für gemeinsame Anliegen

Beim gemeinsamen Mittagessen tauschten wir uns mit vielen inspirierenden Frauen aus allen Regionen aus. Die Mischung aus Verabschiedungen und Neuwahlen in der Geschäftsleitung zeigte uns: Hier wächst eine Bewegung, die kontinuierlich weiterdenkt. Erfüllt von Eindrücken und Motivation, kehrten wir nach Hause zurück. Dieser Tag hat einmal mehr gezeigt, wie viel Kraft darin liegt, wenn Frauen sich vernetzen, einander stärken und gemeinsam für ihre Anliegen eintreten.

Karin Oertlin und Merve Zejnula,
Co-Präsidentinnen der FDP Frauen
Kanton Solothurn

Weniger Bürokratie

Kolumne

«Weniger Bürokratie» – das hören wir so oft wie: «Wir müssen jetzt mit der Digitalisierung vorwärtsmachen» oder «Bildung ist unbedingt zu fördern». Schön! Aber bitte, könnten wir es etwas konkreter haben?

Die Regulierungsfreudigkeit ist derzeit ungebrochen. Sie schafft Bürokratie, zusätzliche Staatsstellen, mehr Staatsausgaben. Eine der neuesten Errungenschaften des ungebrochenen Regulierungseifers ist der PET-Flaschen-Verschluss mit fixiertem Deckel. Viele ärgern sich darüber. Und was nützt das der Umwelt oder dem Klima? Aber wer von denen, die dafür zuständig wären, hat gegen einen solchen Unsinn schon etwas unternommen?

Wer im Supermarkt Früchte oder Gemüse einkauft, muss neuerdings beim Wägen registrieren, ob mit oder ohne Verpackung, ob mit Plastik- oder Papiersack. Entsprechend mussten die Waagen umgerüstet werden. Was für ein bürokratischer Aufwand bloss für eine Schikane! Ein Bundesamt, es müsste in einem der beiden SVP-Departemente angesiedelt sein, soll das verfügt haben. Aber wo bleiben die Politiker und Politikerinnen, die zwar dauernd von Bürokratieabbau sprechen und die gegen diesen Unsinn Sturm laufen?

Im «Anzeiger» werden jede Woche die bei den Gemeinden eingegangenen Baugesuche publiziert. Für alles und jedes braucht es heute ein Baugesuch, auch für die Umgestaltung eines Gartenzauns oder für ein Gartenmäuerchen. Auch unnötige Baugesuche sind kostenpflichtig, beschäftigen die Bauverwaltung und die Kommissionen, führen zu Verzögerungen beim Neubau von Wohnungen. Aber ist im Kantonsrat schon gegen die Eindämmung dieser Flut von Baugesuchen etwas unternommen worden?

In der Stadt Solothurn soll der «Möblierungsleitfaden» angepasst werden, das heisst, wo und wie viele Pflanzenkübel die Wirte noch aufstellen dürfen. Es wird weiterhin geprüft und geprüft, anstatt diese bürokratischen Schikanen mit einer klaren Verfügung abzuschieben.

Weniger Bürokratie. Da stehen sich die Parlamente auf allen drei Ebenen jedoch selber im Weg. Dauernd werden persönliche Vorstösse eingereicht, die eine neue Regulierung, zusätzliche Bürokratie, eine weitere Aufblähung des Staatsapparates verlangen. Und sie finden auch meistens eine Mehrheit im Parlament, denn man möchte ja mit dem eige-



nen Vorstoss auch die Zustimmung der anderen erhalten. Die parlamentarischen Kommissionen, deren Aufgabe eigentlich die Vorberatung der Regierungsvorlagen und die Oberaufsicht der Verwaltung wäre, haben schon längst ein Eigenleben, eine Eigeninitiative entwickelt, die zwangsläufig zu mehr Staatstätigkeit, mehr Bürokratie, aber für die daran Beteiligten auch zu mehr Sitzungsgeld führt. Bundesrat Hans Hürlimann hat vor vielen Jahren erklärt: «Wir werden dereinst nicht an dem gemessen, was wir verhindert haben.» Dieser Satz hat unverändert Gültigkeit. Weniger Bürokratie bleibt damit weiterhin Wunschdenken.

Urs Marti, Langendorf

News

Dem Steuerwachstum sei Dank

Geschäftsbericht 2024 Anstelle eines Defizites von 112 Millionen Franken schliesst die Rechnung 2024 des Kantons Solothurn um rund 103 Millionen Franken besser ab. Das gute Ergebnis wurde unter anderem dank unerwartet hohen Steuereingängen erzielt. Als Wermutstropfen bleiben jedoch die höheren Kosten in den Bereichen Soziales (+ 30 Mio. Franken) und Bildung (+ 10 Mio. Franken). Die nicht beeinflussbaren Kostentreiber wie Ergänzungsleistungen, Spitalbehandlungen oder Volksschule werden auch in Zukunft weiter ansteigen. Die FDP Kanton Solothurn setzt sich deshalb konsequent für eine sinnvolle Verwendung des Steuerfrankens und für die Umsetzung des Massnahmenplans ein. Denn jeder Steuerfranken muss zuerst von den Steuerpflichtigen verdient werden.

AGENDA

Dienstag/Mittwoch, 6./7. Mai

Kantonsratssession

Mittwoch, 7. Mai

Fraktionsausflug in die Amtei Olten-Gösgen

Mittwoch, 14. Mai

Kantonsratssession

Montag, 2. Juni

19 Uhr: a. o. Kantonale Delegiertenversammlung

Mittwoch, 11. Juni

Supporter Club: Führung Airport

Dienstag/Mittwoch, 24./25. Juni

Kantonsratssession

Samstag, 28. Juni

10 Uhr: Delegiertenversammlung FDP Schweiz

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:
www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

Wechsel in den Ortsparteien

Derendingen

Das Ortsparteipräsidium ist momentan vakant. Riccardo Sturzo ist per Ende März als Ortsparteipräsident zurückgetreten.

Gretzenbach

Marco Furfaro (neu) für Beat Tännler.

«Liberale» schliessen sich im Kantonsrat zusammen

Fraktion FDP/GLP Die FDP und die GLP haben sich in Gesprächen auf eine Zusammenarbeit im Kantonsrat während der Legislaturperiode 2025 bis 2029 geeinigt. Die Fraktion FDP/GLP kommt gemeinsam auf 24 Kantonsratsmandate und ist damit zweitstärkste Fraktion. Beide Parteien stehen für eine liberale Politik ein, für Freiheit, Offenheit und Eigenverantwortung. «Als gemeinsame Fraktion können wir die liberalen Werte im Parlament noch besser vertreten», sagen FDP-Fraktionschef Markus Spielmann und der Noch-Fraktionspräsident der GLP Thomas Lüthi. Die beiden Parteien wollen innerhalb der Fraktion nach Möglichkeit als Einheit auftreten, abweichende Haltungen jedoch respektieren. «Die Parteien werden unabhängig bleiben. Das ist unser ureigener Anspruch – und das sind wir auch unseren Wählerinnen und Wählern schuldig», so die beiden Fraktionsvorsteher.

Bild: Symbolbild Polizei



Nein zum links-grünen Angriff auf unsere Polizei!

Die Kriminalität in der Schweiz nimmt zu!

Die Kriminalität in der Schweiz nimmt zu:

- +19% bei schweren Gewaltstraftaten: Das Bundesamt für Statistik hat besonders bei schwerer Körperverletzung und Vergewaltigungen einen enormen Zuwachs registriert.
- Häusliche Gewalt: Im Vergleich zum Vorjahr nahmen Fälle von schwerer Körperverletzung um 20 Prozent zu, Vergewaltigungen um 30 Prozent.
- Europäische Städte verzeichneten 2023 und 2024 einen starken Anstieg von Terroranschlägen, welche auch in der Schweiz eine reale Gefahr darstellen.

Links-Grün will unsere Polizei entwaffnen. Ausgerechnet jetzt, wo die Kriminalität in unserem Land zunimmt. Die FDP und über 25 000 Bürgerinnen und Bürger wehren sich dagegen.

Die rot-grüne Mehrheit im Lausanner Parlament ist ausser Rand und Band: Sie fordert, dass die Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten in Zukunft ohne Waffe unterwegs sind. Die FDP hat umgehend reagiert und setzt sich für eine handlungsfähige Polizei und den Schutz unserer Bevölkerung ein.

Meyer, Wermuth und Mazzone tauchen unter

Innert einer Woche konnten wir über 25 000 Menschen mobilisieren, die gegen diesen links-grünen Irrsinn kämpfen. Gemeinsam mit ihnen haben wir

ein Schreiben Mattea Meyer (SP), Cédric Wermuth (SP) und Lisa Mazzone (Grüne) gesendet, welche jedoch alle drei untergetaucht sind. Gleichzeitig sprechen die Zahlen der jüngsten Kriminalstatistik eine klare Sprache (siehe Box oben.) Wir bleiben dran! Die gefährliche Idee von Links-Grün darf sich nicht auf andere Städte ausbreiten. Deshalb hat die FDP-Fraktion eine Interpellation an das von Bundesrat Beat Jans geleitete Polizeidepartement gerichtet. Unsere Polizistinnen und Polizisten müssen jederzeit schnell und effizient auf gefährliche

Situationen reagieren können – für die Sicherheit unserer Bevölkerung und zum eigenen Schutz.



Matia Demarmels, Kommunikationschef

Stop aux attaques contre nos policières et nos policiers
Madame la Présidente, Chère Lisa,

Comme de nombreux citoyens et citoyens de notre pays, nous avons été choqués que vos élus lausannois aient unanimement voté en faveur du désarmement de la police.

À l'heure où la violence et les féminicides augmentent, vouloir désarmer la police est irresponsable et témoigne d'une grande méconnaissance du terrain et des menaces quotidiennes auxquelles la population et les forces de l'ordre sont confrontées. Ce constat est partagé par les plus de 25'000 personnes qui ont déjà signé la pétition du PLR contre le désarmement de la police, signe de la confiance dont bénéficient les forces de l'ordre au sein de la population.

Rien qu'en 2023, 2057 cas de violences graves ont été enregistrés en Suisse, soit une augmentation de 5,9% par rapport à l'année précédente.

Les policières et les policiers exercent un métier difficile et dangereux. Ils s'engagent quotidiennement avec professionnalisme pour notre sécurité et le bien commun. Nos forces de l'ordre méritent d'être correctement équipées et de bénéficier du plein soutien des autorités politiques.

Par respect et solidarité envers les policières et les policiers qui peuvent être amenés à risquer leur vie pour protéger la nôtre, nous vous invitons donc à publiquement rejeter cette expérimentation sociale dangereuse de vouloir désarmer la police avant qu'elle ne se propage dans d'autres villes suisses.

Dans l'attente de vous lire, nous vous adressons nos meilleures salutations

PLR Les Libéraux Radicaux
Thierry Burkart
Conseiller aux Etats et Président du PLR

Daniela Cottler
Conseiller national et Président du groupe PLR des Chambres fédérales

Stop aux attaques contre nos policières et nos policiers
Madame, Monsieur les Co-Présidents, Chère Mattea, Cher Cédric,

Comme de nombreux citoyens et citoyens de notre pays, nous avons été choqués que vos élus lausannois aient unanimement voté avec les Verts et l'aile gauche en faveur du désarmement de la police.

À l'heure où la violence et les féminicides augmentent, vouloir désarmer la police est irresponsable et témoigne d'une grande méconnaissance du terrain et des menaces quotidiennes auxquelles la population et les forces de l'ordre sont confrontées. Ce constat est partagé par les plus de 25'000 personnes qui ont déjà signé la pétition du PLR contre le désarmement de la police, signe de la confiance dont bénéficient les forces de l'ordre au sein de la population.

Rien qu'en 2023, 2057 cas de violences graves ont été enregistrés en Suisse, soit une augmentation de 5,9% par rapport à l'année précédente.

Les policières et les policiers exercent un métier difficile et dangereux. Ils s'engagent quotidiennement avec professionnalisme pour notre sécurité et le bien commun. Nos forces de l'ordre méritent d'être correctement équipées et de bénéficier du plein soutien des autorités politiques.

Par respect et solidarité envers les policières et les policiers qui peuvent être amenés à risquer leur vie pour protéger la nôtre, nous vous invitons donc à publiquement rejeter cette expérimentation sociale dangereuse de vouloir désarmer la police avant qu'elle ne se propage dans d'autres villes suisses.

Dans l'attente de vous lire, nous vous adressons nos meilleures salutations

PLR Les Libéraux Radicaux
Thierry Burkart
Conseiller aux Etats et Président du PLR

Daniela Cottler
Conseiller national et Président du groupe PLR des Chambres fédérales

DEBATS INTERPELLATION

Désarmer la police : Quelle est l'évaluation du Conseil fédéral concernant cette initiative de la gauche ?

Deposé par: SEBASTIEN LIBERTE LIBERALISTE

Orateur: DE GIANNI JACQUES

Date de dépôt: 21.03.2025

Deposé au: Conseil national

Etat de distribution: Déposé



Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» der Juso vernichtet den Schweizer Wohlstand und führt zu massiven Steuererhöhungen für den Mittelstand. Dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden würden Milliarden von Franken fehlen: in den Schulen, bei der öffentlichen Sicherheit und sogar im Klimaschutz.

Das fordert die Juso-Enteignungsinitiative

Die Jungsozialisten (Juso) und ihre Verbündeten fordern eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen ab 50 Millionen Franken. Diese Steuer soll ohne Ausnahmen gelten und zusätzlich zu allen bestehenden kantonalen Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern erhoben werden.

Brisant ist auch die geforderte sofortige Umsetzung: Die Enteignung soll ab dem Tag der Abstimmung

gelten, noch bevor sich Bundesrat und Parlament mit der Umsetzung befassen konnten. So wenig ist den Jungsozialisten unsere Demokratie wert!

In Wahrheit will die Linke unter dem Vorwand des Klimaschutzes schlicht und einfach die grössten Vermögen enteignen – ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die Schweiz – und ihr sozialistisches Wirtschaftsmodell durchsetzen. Klar ist, dass die Initiative eine Auswanderungswelle aus-

löst, die enorme Löcher in den Staatsfinanzen hinterlässt. Laut Zahlen des Bundes würden durch eine solche Steuer jährlich bis zu 3,7 Milliarden Franken an Steuereinnahmen verloren gehen.

Der Bundesrat und der Nationalrat empfehlen die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Der Ständerat wird in der Sommersession entscheiden. Die Volksabstimmung könnte so am 30. November stattfinden.

Nein zu neuen Steuern für den Mittelstand und KMU

Entgegen den ideologischen Behauptungen der Sozialistinnen und Sozialisten werden nicht die Reichsten zur Kasse gebeten. Diese haben die Möglichkeiten, ihren Wohnsitz ins Ausland zu verlegen. Es sind der Mittelstand und die kleineren und mittleren Unternehmen, die letztlich die Steuerausfälle kompensieren müssen. In Zeiten allgemeiner Teuerung ist es inakzeptabel, dass gerade diejenigen, die zum Wohlstand der Schweiz beitragen, mit neuen Steuerbelastungen konfrontiert werden.

Die FDP setzt sich mit aller Kraft gegen diese Initiative ein

Die FDP lehnt die Juso-Enteignungsinitiative entschieden ab und führt den bürgerlichen Widerstand der NEIN-Allianz an. Parallel zur Frühjahrssession von National- und Ständerat im März hat die FDP die erste Welle der FDP-Kampagne lanciert. Sie ergänzte das Lobbying im Bundeshaus und trug die Debatte in die Öffentlichkeit.

Die dreiwöchige Kampagne brachte unsere Kernbotschaft klar auf den Punkt: Am Ende zahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.

«Am Ende zahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.»

Mit diesem frühen Start betonte die FDP die zentrale Bedeutung, dieses Themas. Die FDP setzt alles daran, den Mittelstand vor neuen Steuern zu schützen und den Zwangsverkauf von Familienunternehmen zu verhindern.

FDP
Die Liberalen

**Man kann es drehen,
wie man will.**

Am Ende bezahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.

Fakten bleiben Fakten: Die milliarden schweren Steuerausfälle der Juso-Enteignungsinitiative fallen zurück auf den Mittelstand. Wenn die besten Steuerzahler durch die 50%-Erbrechtssteuer zur Auswanderung getrieben werden, fehlen in den Kassen von Gemeinden, Kantonen und Bund jedes Jahr bis zu 3'700'000'000 Franken.

- Die FDP schützt den Mittelstand vor neuen Steuern.
- Die FDP verhindert den Zwangsverkauf von Schweizer Familienunternehmen.
- Die FDP verhindert den Kahlschlag beim Service Public.



Scannen und mitmachen:
Hier geht's zum
Testimonial-Generator.

**Nein zur Juso-
Enteignungsinitiative**

juso-enteignungsinitiative.ch



Nadine Racine,
Campaignerin

NEIN zum Verbot internationaler Adoptionen!

Interview mit Nationalrat Simone Gianini

Bundesrat und Justizminister Beat Jans will, dass Schweizerinnen und Schweizer künftig keine Kinder mehr aus dem Ausland adoptieren dürfen. Die FDP stellt sich entschieden gegen dieses Verbot.

Nationalrat Simone Gianini und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter konnten kürzlich einen wichtigen Etappensieg erringen: Die Mehrheit der Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) spricht sich gegen das geplante Verbot aus – und folgt damit der Haltung der FDP.

1 Simone, wieso bekämpft die FDP das von Bundesrat Beat Jans geplante Verbot internationaler Adoptionen?

Die FDP ist grundsätzlich gegen Verbote – insbesondere dann, wenn sie wie in diesem Fall falsch, unverhältnismässig und kontraproduktiv sind. Ende Januar 2025 hat der Bundesrat entschieden, internationale Adoptionen in der Schweiz künftig verbieten zu wollen. Begründet wurde dieser Entscheidung damit, dass ein generelles Verbot notwendig sei, um Kinder in den Herkunftsländern vor Missbrauch zu schützen.

Dieser Ansatz ist aber falsch: Ein generelles Verbot schützt die Kinder nicht besser – im Gegenteil. Es verbaut ihnen diese zusätzliche Schutzmassnahme und die Chance auf ein besseres Leben in der Schweiz. Ein solcher Schritt widerspricht unserer humanitären Tradition, unserer lösungsorientierten Haltung und dem liberalen Grundverständnis von Offenheit und Verantwortung.

2 Bundesrat Jans hat aufgezeigt, dass Missbräuche stattfanden.

Das stimmt. Studien haben erhebliche Missstände in den 1970er- bis 1990er-Jahren aufgezeigt. Diese müssen aufgearbeitet werden – insbesondere durch den aktiven Einbezug von Adoptivkindern, welche teilweise noch heute auf der Suche nach ihrer Herkunft sind.



Bild: Simone Gianini, Nationalrat

«Ein generelles Verbot schützt die Kinder nicht besser – im Gegenteil. Es verbaut ihnen diese zusätzliche Schutzmassnahme, sowie die Chance auf ein besseres Leben in der Schweiz.»

Seither wurden die Rahmenbedingungen zu Recht deutlich verschärft. Die Verfahren sind heute streng reguliert und dauern oft mehrere Jahre. Zudem hat das Haager Übereinkommen zum Schutz

von Kindern die Zahl der als vertrauenswürdig anerkannten Herkunftsländer deutlich reduziert. Heute finden in der Schweiz nur noch einige Dutzend internationale Adoptionen pro Jahr statt – unter klar definierten überprüfbaren Voraussetzungen. Indem diese Kontrollen verbessert werden, lassen sich Missbräuche verhindern.

Die richtige Antwort auf frühere Fehler besteht also nicht darin, sich aus dem System zurückzuziehen, sondern es weiterhin gezielt zu verbessern. Denn für einige Kinder ist eine internationale Adoption nach wie vor die einzige reale Schutzmassnahme und Zukunftsperspektive. Genau dafür setzt sich die FDP ein.

3 Eure Motion kommt nun ins Parlament. Wie schätzt du die Chancen ein? Kann die FDP dieses Verbot verhindern?

Die Rechtskommission hat unsere Motion gegen das Verbot mit 19 zu 6 Stimmen unterstützt. Die solide parteiübergreifende Mehrheit ist ein starkes Zeichen an den Bundesrat. Wenn die Parteien dem Votum ihrer Kommissionsvertreter folgen, stehen die Chancen gut, dass das Verbot im Parlament verhindert wird. Dies dank der Anstrengungen der FDP-Delegation in der RK-N und unserer Partei, welche sich als erste Partei auf nationaler Ebene entschieden gegen ein Verbot internationaler Adoptionen ausgesprochen hat.



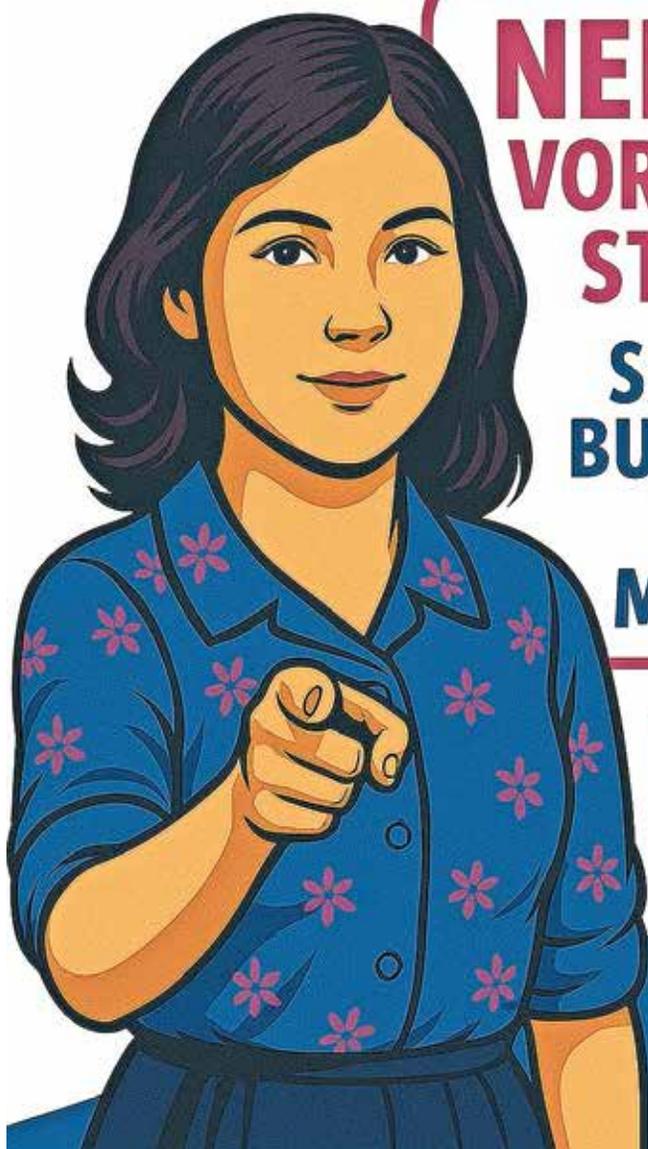
Fanny Dietschi, Verantwortliche Freisinn

Verteidige deine Altersvorsorge!

Mut zur Erneuerung und zur Effizienz

**NEIN ZUR
VORSORGE-
STEUER!**

**SAG DEM
BUNDESRAT
DEINE
MEINUNG**



Auf Druck der Linken erwägt der Bundesrat, Kapitalbezüge in der zweiten und der dritten Säule schärfer zu besteuern. Die FDP kämpft konsequent für die Interessen des sparenden Mittelstandes und wehrt sich gegen neue Steuern.

Der Bund hat ein Ausgabenproblem. Es ist die Pflicht aller Politikerinnen und Politiker, die Bundesfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Doch anstatt

konsequent zu sparen, soll nun der Mittelstand mit noch mehr Steuern belastet werden. Bereits im September 2024 verhinderten die SP und die SVP eine

dringend nötige Reform der zweiten Säule, welche besonders Frauen und Teilzeitarbeitende besser versichert hätte. Und nun soll noch eine Vorsorgesteuer auf das eigenverantwortliche Sparen in der dritten Säule hinzukommen. Doch wer sein Leben lang hart arbeitet und aktiv für den eigenen Ruhestand spart, darf nun nicht noch stärker zur Kasse gebeten werden!

Die FDP wird jeden Angriff auf unser Drei-Säulen-System in der Altersvorsorge abwehren und sich konsequent für die Interessen des Mittelstandes einsetzen.

Deshalb fordern wir:

1. Personen mit Beitragslücken in der dritten Säule sollen diese nachträglich schliessen dürfen. Dies stärkt besonders auch die Vorsorge derjenigen, die in jungen Jahren kein 3a-Konto hatten, als Selbstständigerwerbende die Mittel dafür nicht aufbringen konnten oder mangels AHV-pflichtigen Einkommens (z. B. Mutterschaft oder Ausbildung) nicht einzahlen konnten.
2. Einführung von Teilbezugsmöglichkeiten von Vorsorgegeldern.
3. Tiefe Einkommen sollen ebenfalls in der beruflichen Vorsorge versichert sein.
4. Die systemfremde Umverteilung im BVG muss gestoppt werden.

Der Staat muss endlich das Sparen lernen und nicht den Bürgern das Sparen vermiesen.

Unterzeichnen Sie deshalb jetzt die Petition zum Schutz unseres Vorsorgevermögens – NEIN zur Vorsorgesteuer!



Hilf uns jetzt, Druck auf den Bundesrat auszuüben und so unsere Altersvorsorge zu retten! Erstelle in wenigen Schritten deine persönliche Vernehmlassungsantwort!



Christopher Ulmer,
Kommunikationschef lateinische Schweiz

Luftabwehrsystem Patriot des US Rüstungskonzerns Raytheon Technologies, Symbolbild.



So schützen wir die Schweiz

7 Forderungen der FDP

In diesen Tagen erleben wir die gravierendsten sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die Ukraine wird feilgeboten, Putins Regime wird rehabilitiert und unter Trump ist unklar, ob Amerika dem europäischen Kontinent in Kriegszeiten noch zu Hilfe kommt. Die FDP präsentiert sieben Forderungen, um auch in Zukunft unsere Sicherheit zu schützen – und unsere Freiheit.

1 Kühlen Kopf bewahren

Wir erleben das Ende einer Ära. Wie die neue aussieht, weiss heute noch niemand. In dieser unsicheren und unübersichtlichen Übergangsphase braucht die Schweiz die Besonnenheit, um zu einer sorgfältigen Analyse zu kommen. Und die Geduld, um ihre Interessen strategisch zu verfolgen. Nur unter einer regelbasierten Weltordnung kann ein demokratischer, liberaler und exportorientierter Kleinstaat gedeihen.

2 Keine fremden Herrscher

Wenn die Mächtigsten die Welt unter sich aufteilen, zahlen die anderen den Preis.

Wir wollen nicht von Grossmächten beherrscht werden und folgen weder Autokraten wie Wladimir Putin noch rücksichtslosen Machtpolitikern wie Donald Trump. Zu viele in unserem Land lassen sich blenden von solchen starken, bestimmenden Figuren. Heute trifft es die Ukraine und Grönland. Morgen trifft es Polen oder die Schweiz.

3 Massiv mehr investieren

Unsere Armee braucht zusätzliche Milliarden für alle Dimensionen der Verteidigung. Ein Beispiel: Bald erhält die Schweiz zwei Patriot-Systeme, die uns vor Raketen- und Drohnenan-

griffen schützen sollen. Die Schweiz misst 41 000 km². Die beiden Patriots decken aber nur je 7500 km² ab. Würden wir Zürich und St. Gallen schützen, Basel und Bern oder Genf und Lausanne? Ganz zu schweigen von den Randregionen.

4 Antreten!

Jedes Jahr verliert die Armee über 6000 Personen an den Zivildienst. Während unsere Nachbarn aufrüsten, haben manche Schweizer WKs nicht mal einen Koch. Trotzdem schafft es der Bundesrat seit Jahren nicht, ein neues Dienstmodell vorzuschlagen. Dabei läge die Lösung auf dem Tisch: mehr Armee, mehr Zivil-

schutz. Und der Zivildienst wird in der heutigen Form abgeschafft.

5 Rüstungsindustrie retten
Zur bewaffneten Neutralität gehört eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie, die ins Ausland exportieren kann. Nur haben Linke, Mitte und SVP das faktisch verboten. Die FDP fordert alle Parteien dazu auf, mit ihr das Kriegsmaterialgesetz anzupassen. Konkret muss die Wiederausfuhr von Waffen an Partnerländer unter bestimmten Voraussetzungen wieder möglich sein. Und zwar noch vor Ende dieses Jahres.

6 Üben für den Kriegsfall
Im Kriegsfall verteidigt die Schweiz ihr Territorium. Doch bspw. bei der Abwehr einer Rakete ist sie auf die Hilfe umliegender Länder angewiesen. Deshalb braucht es nun intensiviertere Übungen mit der Nato, um die Abwehr z.B. eines russischen Angriffs zu trainieren. Schon General Guisan probte mit Frankreich das «Manöver H», bei dem die französische Armee Artilleriestellungen in der Schweiz bezogen hätte.

«Wir wollen nicht von Grossmächten beherrscht werden und folgen weder Autokraten wie Wladimir Putin noch rücksichtslosen Machtpolitikern wie Donald Trump.»

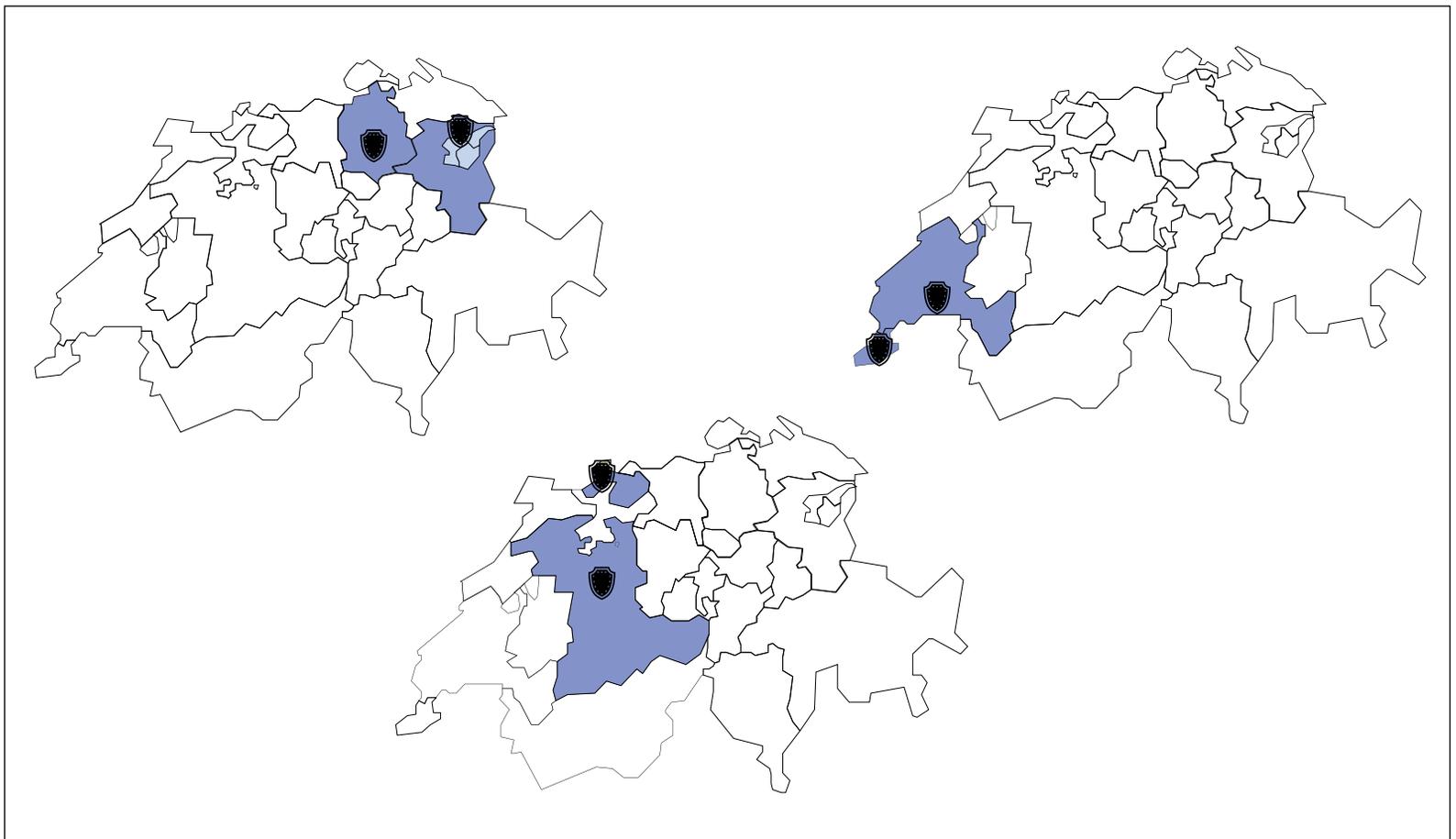
7 Lebendige Neutralität bewahren
Die bewaffnete Neutralität der Schweiz wird heute von beiden Polparteien bedroht.

Die SP will ohnehin die Armee abschaffen, noch letztes Jahr sprach die Partei von einem «Trachtenverein».

Die SVP will die Neutralität versteinern und den Bundesrat in ein starres Korsett zwingen. Ihre «Pro-Putin-Initiative» würde Autokraten stärken und es der Schweiz verunmöglichen, in Konflikten klug eigene Interessen zu wahren.

Statt sich wie die Armeeabschaffer der SP und die Putinverstehler der SVP hinter falschen Friedensmotiven zu verstecken und dem Aggressor nachzugeben, braucht es Mut. Den Mut der Liberalen, allen Appeasern zu widerstehen. Und den Mut der FDP, die Schweiz wieder sicher zu machen.

Heute und in Zukunft: Wir stehen unerschütterlich zu einer verteidigungsfähigen Armee, zu einer regelbasierten Weltordnung, zur Selbstbestimmung der Ukraine und zur bewaffneten Neutralität.



Welchen Teil der Schweiz schützen wir?

Schwerpunkt

Bild generiert mit KI, Bild: FDP.Die Liberalen Schweiz



FDP Luzern setzt sich erfolgreich für den Erhalt der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung ein.

Worum geht es?

Die Ankündigung, der Bund sehe in Zukunft von der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung ab, stiess schweizweit auf breite Kritik.

Auch im Kanton Luzern war die Betroffenheit gross – bei Lehrbetrieben, Ausbilderinnen und Ausbildnern, Lernenden und Bildungsexperten. Dass schriftliche Prüfungen als wesentlich für die Sicherstellung der Bildungsqualität und als fester Bestandteil eines einheitlichen Qualifikationsverfahrens gelten und insbesondere auch die Chancengleichheit fördern, ist eine weit verbreitete Grundhaltung.

Für die FDP Luzern war klar: Es geht um mehr als eine Prüfungsform. Es geht um den Wert einer fundierten Allgemeinbildung als Teil der qualitativ hochstehenden Berufsbildung und letztlich um die Zukunft junger Fachkräfte.

Was tat die FDP Luzern?

Einen Guide zur Lancierung einer Petition durch eine Kantonalpartei.

Bereits seit einiger Zeit hegte die FDP Luzern den Plan, eine Petition zu einem aktuellen Thema zu lancieren. Die vom Bund angekündigte Streichung der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung bot daher den idealen Anlass, dieses Vorhaben umzusetzen.

1. Die Partei reagierte prompt und initiierte eine **Online-Petition** gegen diesen Entscheid.

2. Die **Medien** griffen das Thema prominent auf, und die Verbreitung über die **sozialen Medien** funktionierte wie gewünscht. Innert drei Wochen unterstützten 444 Personen via Online-Petition das Anliegen.

3. Die Petition war zeitgleich ein gutes Instrument, mit den **Wählenden in Kontakt zu kommen** und auf die FDP Luzern aufmerksam zu machen.

In der Folge auf weitere schweizweite Aktivitäten durch die FDP lenkte der Bundesrat ein und übertrug die Entscheidungskompetenz über die Durchführung der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung an die einzelnen Kantone.

Für die FDP Luzern war klar, dass ihr Einsatz nun konsequenterweise auf kantonaler Ebene fortgesetzt werden muss.

4. In der Märzsession 2025 reichte FDP-Kantonsrat Ronny Beck eine **überparteilich breit unterstützte Motion** ein, die den Regierungsrat auffordert, die schriftliche Abschlussprüfung im Fach Allgemeinbildung als festen Bestandteil des Qualifikationsverfahrens beizubehalten.

Die FDP Luzern verfolgt ihr Ziel, sich für eine starke und zukunftsfähige Berufsbildung einzusetzen, weiter – für eine Berufsbildung, die den Lernenden die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt sichert.



Katja Häfliger,
Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Luzern

Medienkonferenz zur Kündigungsinitiative, v.l.: NR Christian Wasserfallen, NR Damien Cottier, SR Thierry Burkart, NR Jacqueline de Quattro, SR Damian Müller



Fehlende Arbeitskräfte und massive Asylmigration

Nein zur brandgefährlichen SVP-Kündigungsinitiative

Mit ihrer Kündigungsinitiative will die SVP den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Ausgerechnet jetzt, wo Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg führt und Trump den Welthandel sabotiert, sollen die alten, bewährten Verträge der Schweiz fallen. Die FDP wird die Initiative mit aller Kraft bekämpfen.

Wir befinden uns in unsicheren Zeiten und dürfen gerade jetzt die bewährten bilateralen Verträge mit der EU nicht zerstören. Die Schweiz und ihre Nachbarn können sich nicht mehr darauf verlassen, dass die USA Europa im Falle eines bewaffneten Konfliktes zu Hilfe eilt. Hinzu kommt die globale wirtschaftliche Unsicherheit, nachdem das Weisse Haus am 2. April scheinbar willkürliche Zölle erlassen hat. Ein Bruch mit unserem wichtigsten Handelspartner ohne Plan B ist deshalb nicht nur unverantwortlich, sondern auch gefährlich.

Weniger Arbeitskräfte, mehr Asylmigration

Eine Annahme der Kündigungsinitiative würde einen Asylkollaps provozieren. Denn die Schengen-Dublin-Verträge würden gekündigt, da diese auf der Personenfreizügigkeit aufbauen. Zehntausende in den Dublin-Staaten abgewiesene Migranten würden somit in die Schweiz kommen, da sie hier ein zweites Asylgesuch stellen dürften.

Spitäler kollabieren, Baustellen verwaisen, Bauern lassen ihre Ernten verrotten

Mit der Kündigungsinitiative nimmt der bereits heute akute Fachkräftemangel innert kürzester Zeit dramatische Ausmasse an. Auch die Landwirtschaft wäre massiv betroffen. Die Kündigungsinitiative ist ein Angriff auf unsere Versorgungssicherheit: Arbeits-

kräfte würden beispielsweise auf den Ostschweizer Gemüsefeldern fehlen, in der Fleischverarbeitung der Grossverteiler, in den sonnigen Rebhängen des Lavaux.

«Die Kündigungsinitiative der SVP ist undurchdacht, schädlich für unseren Wohlstand und gefährlich für die Sicherheit der Schweiz.»

Welche KMU könnten heute noch erfolgreich geschäftlich, wenn sie nicht auf fähige Arbeitskräfte aus den Nachbarländern zählen dürften? Und selbst jenen KMU, die überleben, legt die SVP schwere Fesseln an, weil unsere Betriebe nicht mehr ungehindert exportieren könnten.

Blinde Polizei, abgetauchte Kriminelle

Die Kündigungsinitiative der SVP gefährdet die gesamte Schweizer Bevölkerung. Ohne das Schengen-Informationssystem (SIS), welches täglich Dutzende Warnmeldungen über Terroristen und andere Kriminelle liefert, wären unsere Polizistinnen und Polizisten blind.



Kämpfe jetzt mit uns gegen die Kündigungsinitiative!



Zu den Asylvorstössen:

Mein erstes Jahr im Bundeshaus

Zwischen Beruf, Privatleben und Politik

Seit einem Jahr gehören Kris Vietze, Heinz Theiler und Nadine Gobet dem nationalen Parlament an. Die drei FDP-Politiker geben Einblick in ihren neuen Alltag, in die Freuden und die Frustrationen in der politischen Arbeit. Sie erzählen von ihren politischen Prioritäten und den prägendsten Momenten ihres ersten Jahres in Bern.



Kris Vietze

Was sind die grössten Veränderungen in Ihrer Organisation zwischen Ihrem Berufsleben, Ihrem Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Ich will einen Beitrag dazu leisten, dass unser einzigartiges Land auch in Zukunft einzigartig sein kann. Deswegen verbinde ich seit vielen Jahren aktiv Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – es gehört zu meinem Alltag, Politik, Beruf und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Dass ich das heute als Nationalrätin machen darf, erfüllt mich mit grosser Freude.

Wo sehen Sie derzeit die dringendsten Handlungsfelder in der Sozial- und Gesundheitspolitik?

Die Menschen in unserem Land verdienen eine hervorragende Gesundheitsversorgung, Sicherheit im Fall der Fälle und eine stabile, sichere Altersvorsorge – Punkt. Leider landen die vielen Prämien und Abgaben nicht bei den Menschen, sondern es verbrennen Abermilliarden in einem ineffizienten System der Bürokratie. Das müssen wir stoppen.

«Unsere Willensnation und unsere politische Kultur sind einzigartig auf der Welt.»

Welches Erlebnis aus Ihrem ersten Amtsjahr im Nationalrat war für Sie persönlich besonders prägend?

Das Parlament ist ein sprachliches und politisches Abbild unserer Schweiz. Es berührt mich jedes Mal von neuem, wenn ich erlebe, wie im Parlament – bei aller sachlichen Härte in der politischen Auseinandersetzung – unsere Schweizer Demokratie gelebt wird: Unsere Willensnation und unsere politische Kultur sind einzigartig auf der Welt.



Gabrielle De Simone,
Mitarbeiterin Kommunikation



Heinz Theiler

Welche wesentlichen Veränderungen haben sich in Ihrer täglichen Organisation ergeben, seitdem Sie beruflich, privat und auf Bundesebene politisch engagiert sind – und wie beeinflussen diese unterschiedlichen Lebensbereiche einander?

Die Neuorganisation meines Karosseriebetriebes mit einem Geschäftsführer war sicher die grösste Herausforderung. Die schnelle Einarbeitung in die nationalen Politgeschäfte und die Organisation der Termine waren die zweite grosse Herausforderung. Die Sitzungen nehmen durch den langen Anfahrtsweg von Goldau nach Bern mehr Zeit in Anspruch.

Sie sind Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission. Was sind Ihrer Meinung nach die Prioritäten in diesem Bereich?

Es ist wichtig, der Bevölkerung klarzumachen, dass sich die Sicherheitslage in Europa massiv verschlech-

tert hat, ohne damit Panik zu verbreiten. Die Armee muss möglichst schnell wieder vollständig ausgerüstet werden, um den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Aber auch die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Desinformationskampagnen als Teil der hybriden Bedrohung hat hohe Priorität.

Ein besonders prägender Moment in Ihrem ersten Jahr als Nationalrat?

Mir fallen dazu zwei Erlebnisse ein: der Besuch meiner beiden Söhne im Bundeshaus anlässlich der Vereidigung als Nationalrat. Das war für mich ein sehr besonderer Moment. Und als zweites die sehr sachorientierte und konstruktive Zusammenarbeit mit Mitgliedern der anderen bürgerlichen Parteien, um die Armeebotschaft in der Herbstsession in trockene Tücher zu bringen.

«Es ist wichtig, der Bevölkerung klarzumachen, dass sich die Sicherheitslage in Europa massiv verschlechtert hat.»



Nadine Gobet

Wie hat sich die Organisation Ihres Alltags durch Ihr berufliches, privates und politisches Engagement auf Bundesebene verändert?

Ich musste ein neues Gleichgewicht zwischen meiner Funktion als Direktorin eines Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes mit 45 Mitarbeitenden und meinem Engagement als Nationalrätin finden. Dieses Gleichgewicht ist wichtig, weil ich sowohl das Mandat, welches mir die Freiburger anvertraut haben, ehren möchte als auch meinen Job behalten möchte, der mich mit der Realität vor Ort verbindet. Es war auch notwendig, zu lernen, Platz zu schaffen, um etwas Zeit für die Medien zu investieren, während ich versuche, ein wenig Privatleben zu bewahren.

Welche Prioritäten sehen Sie derzeit für die Kommission für Rechtsangelegenheiten?

Unsere Kommission sorgt hauptsächlich für die Stabilität der Schweizer Rechtsordnung. Es geht vor allem

darum, legislative Entscheide zu fällen, ohne sich zu einem Übermass an Revisionen verleiten zu lassen. Darüber hinaus müssen wir mit den rechtlichen Herausforderungen umgehen, die die neuen Technologien und eine immer stärker bindende europäische Gesetzgebung mit sich bringen.

Welcher Moment aus Ihrem ersten Jahr im Nationalrat ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben und warum?

Der prägendste Moment wird der meiner Vereidigung innerhalb der Wände des Nationalrates sein. Ich erinnere mich besonders an den Stolz, den ich empfunden habe, sowie an die Demut angesichts meiner neuen Verantwortung. Zwei weitere denkwürdige Episoden waren das erste Mal, als ich vom Rednerpult aus sprechen musste, sowie meine Teilnahme an der Wahl eines Bundesratsmitglieds während meiner allerersten Sitzung.

«Unsere Kommission sorgt hauptsächlich für die Stabilität der Schweizer Rechtsordnung.»

Für alle, die den Wecker stellen

Bereit für die Wahlen 2027?

Wir präsentieren: Der FDP-Wecker

Er ist schon heute gestellt auf die Wahlen 2027. Dann entscheidet sich, ob die Schweiz vollends zum linken Umverteilungsstaat wird – oder ob wir das liberale Erfolgsmodell bewahren.

Kämpfen wir gemeinsam dafür: in den Gemeinden, in den Kantonen und bei den eidgenössischen Wahlen 2027!

Man kann den FDP-Wecker nicht kaufen, nur verschenken:
an Mitglieder der FDP, die sich besonders für einen Politikwechsel zugunsten der Bürgerinnen und Bürger engagieren.

Sie können jeden Parteifreund dafür empfehlen mit einer kurzen Begründung, wieso er den Wecker verdient: wecker@fdp.ch



Frühjahrssession 2025

Es wimmelt wieder im Bundeshaus.

Von 3. bis 21. März fand die Frühjahrssession 2025 statt.

Mehr dazu auf Seite 23.



Bild: Bundeshaus



Zunächst fehlte nur eine Stimme. Im zweiten Wahlgang war es dann mehr als deutlich. Die Schweiz hat einen neuen Bundesrat: Martin Pfister.

Ein Zentralschweizer Regierungsrat hat den Start-Ziel-Sieg von Nationalrat Markus Ritter verhindert. Ich gratuliere dem neuen Bundesrat ganz herzlich. Mit dem VBS übernimmt er ein Schlüsseldepartement für die Sicherheit unseres Landes. Die fast schon langweilige Bundesratswahl wurde von vielen Beobachtern und Medienschaffenden verfolgt. In der Wandelhalle war an diesem Tag deutlich zu spüren: Es gibt keine Medienkrise in diesem Land. Es wimmelte nur so von Chefredaktoren, Kameras, Mikrofonen und Hauptstadtjournalisten. Mangel an Berichterstattung und Information? Fehlanzeige. Selbst mit einem Smartphone konnte man für seine Plattform über eine solche Wahl berichten und sie zum Ereignis machen. So viele Journalisten wie sonst nie waren im Bundeshaus.

Der Markt lebt und zeigt, dass Berichterstattung auch ohne staatliche Subventionen möglich ist. Statt diesen lebendigen Markt zu akzeptieren und allenfalls auf andere Lücken in der Berichterstattung hinzuweisen, haben die verschiedenen Sender und die Journalisten von SRF mehr als nur zur Hektik beigetragen. Die Staatssender richteten sich mit der grossen Kelle ein. Mehrere Räume wurden ausgeräumt, und nicht weniger als vier grosse Übertragungswagen waren vor dem Bundeshaus parkiert. Etwas mehr Demut, gute

Recherche und faire Berichterstattung würden hier mehr helfen, um das Verständnis in Politik und Bevölkerung zu erhalten. Aber da braucht es wohl die Halbierungsiniziative, um der SRG auf die Sprünge zu helfen.

Was sonst noch lief:

1. Fehlende Arbeitskräfte, massive Asylmigration: NEIN zur SVP-Kündigungsiniziative

Die SVP will mit der Kündigungsiniziative den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Der Wegfall der Bilateralen würde dazu führen, dass qualifizierte Arbeitskräfte in Spitälern, der Gastronomie und diversen KMUs fehlt. Dafür würde die Schweiz zu einer Hochburg für Asylmigration werden, da sämtliche von der EU abgewiesene Migrantinnen und Migranten bei uns erneut ein Visum beantragen könnten. Mehr dazu auf Seite 19.

2. Individualbesteuerung: Mitte-Links vergiftet Vorlage

Der Ständerat und Parteipräsident Thierry Burkhart brachten es auf den Punkt: Die Individualbesteuerung ist ein «gesellschaftspolitisches, ein steuerrechtliches und ein wirtschaftspolitisches Gebot». Zwar hat der Ständerat die Gesetzesvorlage angenommen, jedoch hat Mitte-Links zulasten der

Schweizerinnen massiv höhere Steuern durchgedrückt. Immerhin: Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hat kurz nach der Frühjahrssession korrigiert: Gemäss ihrem Konzept würden die Bürgerinnen und Bürger nicht mehrere hundert Millionen Franken mehr an Steuergeldern zahlen müssen. Mehr dazu auf Seite 12.

3. Nationalrat erteilt Juso-Enteignungsiniziative eine Abfuhr

Der Nationalrat hat deutlich beschlossen, Volk und Ständen die Juso-Enteignungsiniziative, die eine hohe Erbschaftssteuer fordert, zur Ablehnung zu empfehlen. Die FDP hat an vorderster Front für das deutliche NEIN gekämpft. Die Initiative würde die Weitergabe von Familienbetrieben massiv erschweren bis verunmöglichen. Ein Grossteil der Betroffenen würde wegziehen, was gar zu Mindereinnahmen für den Fiskus führen würde. Und für die innovativen Jungfirmen wäre die Schweiz nicht mehr attraktiv. Mehr dazu auf Seite 4 bis 7.

4. 15 FDP-Vorstösse für eine konsequente Asylpolitik

Der Fokus der Debatte lag auf einer konsequenten Steuerung des Asylwesens, robusten Massnahmen zur Grenzsicherung und klar definierten Regeln beim Familiennachzug. Die FDP unterstützte überwiegend alle Initiativen – bis auf die Motion, die eine flächendeckende Überwachung der Landesgrenzen forderte. Mit 127 Stimmen setzte sich zudem eine eigene Fraktionsmotion durch. Diese beauftragt den Bundesrat, gezielt Massnahmen zu entwickeln, die logistische Hürden im Vollzug von Wegweisungen abbauen und stark belastete Kantone mit zusätzlichem Personal sowie finanziellen Mitteln entlasten. Ziel ist es, den Rückführungsprozess effizienter zu gestalten und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen nachhaltig zu stärken. Mehr dazu auf Seite 19.



Hier geht's zu den Sessionsberichten:



Christian Steiner, Fraktionssekretär



Illustration: Bildwerkstatt / Bildwerkstatt.de

